



Ohne Vereinigte Staaten von Europa keine soziale Transformation

»Der Tag wird kommen, an dem die beiden grossen Ländergruppen, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Vereinigten Staaten von Europa sich von Angesicht zu Angesicht die Hände über die Meere reichen werden.« Dies erklärte der Schriftsteller Victor Hugo 1849 auf dem Pariser Pazifistenkongress.¹ Das ist bemerkenswert, denn die Jahre 1848/49, die Zeit der Aufstände gegen das autoritäre System Metternich und die Beschlüsse des Wiener Kongresses, gingen als Periode des Kampfes für das Nationalstaatenprinzip in Europa in die Geschichtsbücher ein. Im März 1848 proklamierten die Revolutionäre das Deutsche Reich. Und im heutigen Ungarn, Polen und Moldawien forderten starke nationalistische, republikanische und zum Teil demokratische Bewegungen neue Staatsformen ein. Garibaldi einigte 1870 Italien. Dabei wird oft vergessen, dass 1849 auch die Geburtsstunde des Paneuropäismus war. Zahlreiche Denker, die bis heute als Nationalhelden verehrt werden, etwa Giuseppe Mazzini, Giuseppe Garibaldi oder Georg Büchner, teilten Hugos Utopie eines vereinigten Europas, die sich an die erfolgreiche amerikanische Revolution und ihre aufklärerische Verfassung anlehnte.²

Paneuropäische Gehversuche

Um die heutigen Debatten der (Schweizer) Linken zur Europäischen Union (EU) zu verstehen, lohnt sich ein Blick in die Geschichte. Welche Bezugspunkte und Diskurse der Linken zur europäischen Einigung gab es? Und wann gewann beziehungsweise verlor die europäische Idee in der Schweiz an Strahlkraft? Sicher ist, dass ein Thema die Europäer*innen von Anfang an begleitete: der Frieden. Geprägt von den Gräueln der napoleonischen Kriege, sagte Victor Hugo 1849: »Ein Tag wird kommen, wo die Kugeln und Bomben durch Stimmzettel ersetzt werden, durch das allgemeine Wahlrecht der Völker, durch die Entscheidungen eines grossen souveränen Senates, der für Europa das sein wird, was das

Parlament für England und die Nationalversammlung für Frankreich ist. Ein Tag wird kommen, wo man die Kanonen in Museen ausstellen wird und sich darüber wundern wird, was dies wohl sein könnte.«³

Fabian Molina

* 1990, seit 2018 Zürcher SP-Nationalrat und Mitglied der Aussenpolitischen Kommission. von 2014 bis 2016 Präsident der Juso Schweiz. Heute ist er Co-Präsident von SWISSAID und lebt in Zürich.



Der Wunsch, den Frieden in Europa zu sichern, war von Beginn an von zentraler Bedeutung für die europäische Integration – und sollte es bleiben. Denn mit dem Ersten Weltkrieg schlossen sich immer mehr Menschen, Revolutionäre und Adelige, Arbeiter*innen und Bürgerliche der Idee eines Friedensprojekts Europa an. »Nie wieder Krieg!«, steht in Anlehnung an die Massenkundgebungen von 1914 auf den Holzschnitten der sozialistischen Künstlerin Käthe Kollwitz. Am 6. November 1917 notierte sie in ihrem Tagebuch fasziniert den Satz von einem »Europa in demselben Geiste«. ⁴ 1925 nahm die SPD als erste namhafte politische Partei die Forderung in ihr Heidelberger Programm auf: »Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.« ⁵

Bekanntlich nahm die europäische Integration aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg erste Formen an. Und sie wurde in ihren Geburtsstunden vor allem von konservativen Politikern geprägt: Robert Schuman, Jean Monnet, Konrad Adenauer und Winston Churchill gelten gemeinhin als Gründerväter der Montanunion, der Vorläuferorganisation der heutigen EU. Diese Tatsache wird gerne hervorgehoben, wenn es darum geht, die europäische Union als »kapitalistisches« oder »neoliberales Projekt« ⁶ zu brandmarken. Dass im Schuman-Plan die Wahrung des europäischen Machtausgleichs und Friedens über wirtschaftliche (mit bescheidener politischer) Integration (sprich: über einen gemeinsamen Wirtschaftsraum) im Zentrum stand, ist unbestritten. Dennoch gibt es auch die andere, eine linke Geschichte der real-existierenden europäischen Einigung.

Europa als Teil des Klassenkompromisses

Neben der deutschen Widerstandsgruppe ›Weisse Rose‹ ⁷ proklamierte auf linker Seite vor allem das Manifest von Ventotene die Vereinigten Staaten von Europa. ⁸ Es wurde 1941 von den Antifaschisten Ernesto Rossi, Eugenio Colorni und Altiero Spinelli (von dem wir später noch lesen werden) in Gefangenschaft auf der Insel Ventotene im Tyrrhenischen Meer geschrieben und von der deutschen Sozialdemokratin Ursula Hirschmann und anderen illegal in Deutschland verbreitet. Darin argumentieren die Autoren, dass nach einer Niederlage der Nazis nur ein vereinigtes Europa die Gefahr einer erneuten Verführung der europäischen Völker durch einen übersteigerten Nationalismus und damit die Gefahr neuer Kriege beseitigen könne. Und dass nur europäische Institutionen, welche die einzelstaatliche Souveränität (zumindest teil-



weise) übernehmen, die nötige Kraft besässen, die kooperatistische Macht grosser Unternehmen und totalitärer Staaten zu brechen. »Ein freies und vereintes Europa ist die unausweichliche Voraussetzung für die Durchsetzung der modernen Kultur, deren Entwicklung die totalitäre Epoche aufgehalten hat. Sobald sie zu Ende gehen wird, wird der historische Prozess gegen soziale Ungerechtigkeit und Privilegien sofort wieder aufgenommen werden. (...) Die europäische Revolution muss sozialistisch sein, um unseren Bedürfnissen gerecht zu werden; sie muss sich für die Emanzipation der Arbeiterklasse und die Schaffung menschlicherer Lebensbedingungen einsetzen.« Diese europäische Revolution müsse ausserdem föderalistisch sein, um die Bedürfnisse der Menschen und die Mitwirkung beim »Staatswillen« ins Zentrum zu stellen. Und weiter: »Die Vereinigten Staaten Europas können jedoch nur auf der republikanischen Verfassung all ihrer Bundesstaaten beruhen.«

Das Manifest von Ventotene hatte einen entscheidenden Einfluss auf die Konzeption des europäischen Föderalismus, wie er im Hertensteiner Programm und später im Schuman-Plan vorgesehen war. Die Montanunion war also ideologisch weit stärker sozialistisch beeinflusst, als viele dies heute wahrhaben wollen. Oder anders formuliert: Der Schuman-Plan war ebenso Teil des grossen Klassenkompromisses der Nachkriegszeit wie der Sozialstaat und die Lohnpolitik der 1950er bis 1970er Jahre.

Kritik der europäischen Integration

Die zentralen Motive linker Europapolitik lassen sich also alle historisch begründen: Anti-Nationalismus, Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Lange waren diese Postulate integral mit der europäischen Einigung verbunden. Und heute? In Bezug auf Anti-Nationalismus und Frieden fällt die Bilanz der EU eindeutig aus: Seit ihrer Gründung hat kein Mitgliedsstaat Krieg gegen einen anderen geführt. Noch nie in der Moderne gab es auf dem europäischen Kontinent weniger Kriege und bewaffnete Konflikte als seit Gründung der EU.⁹ Der Nationalismus hingegen ist nach wie vor stark und gewinnt in jüngster Zeit sogar in aggressiver Form wieder an Boden. Niemand würde dafür allerdings die EU verantwortlich machen. Sind die Gründe für die erlahmte Europa-Begeisterung der Schweizer Linken also fehlende Fortschritte oder gar Rückschritte in den Bereichen Demokratie und soziale Gerechtigkeit?

Einen enormen Einfluss auf die Antwort auf diese Frage hatte in der Schweiz die Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vom 6. Dezember 1992, in der ein knappes Nein resultierte. Die Sozialdemokratie hatte sich zwar – in der



Tradition des europäischen Klassenkompromisses – gemeinsam mit FDP und CVP mehrheitlich für ein Ja eingesetzt. Dennoch gab es schon damals namhafte Kräfte der Schweizer Linken, vor allem bei den Grünen, die durch ein Ja zum EWR einen Abbau sozialer und ökologischer Regulierung und einen stärkeren ökonomischen Druck befürchteten. Seit dem Nein zum EWR hat sich der Europa-Diskurs in der Schweiz fundamental verändert. Der Freisinn hat den EU-Beitritt der Schweiz aus seiner Programmatik geworfen.¹⁰ Die Nationalist*innen in allen Parteien verspürten Rückenwind. Die Europa-Politik der Schweiz ist bis heute blockiert – gefangen zwischen Souveränitätsdiskurs und Integrationsrealität.

In der EU selber kam mit dem Vertrag von Lissabon im Jahr 2004 vermehrt linke Kritik an der Einigung auf. Gewisse gewerkschaftliche, globalisierungskritische und ökologische Bewegungen befürchteten einen Verlust an Gestaltungsmacht und (einzel-)staatlicher Handlungsfähigkeit in wichtigen Belangen. Zu einem regelrechten Kulminationspunkt sozialistischer Ablehnung der europäischen Institutionen wurde die Banken-Krise (gemeinhin auch Euro-Krise) von 2010/11. Die Brutalität, mit der insbesondere Griechenland, Spanien, Italien, Portugal und Irland Austeritätsprogramme aufgezwungen wurden, empörte die politische Linke zu Recht. Zahlreiche europäische Spitzenpolitiker*innen stellten sich hinter die Deregulierungs- und Liberalisierungspolitik der Troika (IWF, EZB und EU-Kommission) und verstärkten damit das Gefühl einer Verantwortung für diese Politik durch die europäische Einigungstendenz. Spätestens seit 2011 hat die EU in der Schweizer Linken einen schwereren Stand.¹¹

Wo ist die soziale Gerechtigkeit?

Weil die EU dem Anspruch auf Wohlstand für alle, weniger ökonomische Ungleichheit und mehr sozialen Zusammenhalt offensichtlich nicht genügt, schwindet ihr Rückhalt. Linke ›Europhile‹ wandeln sich zu Skeptikern. Aber kann die europäische Integration tatsächlich für den Mangel an sozialem Fortschritt in Zeiten des neoliberalen Vormarsches verantwortlich gemacht werden? Die verbreitete linke Kritik an der EU läuft fast immer nach demselben Muster ab: Es herrsche ein tatsächlicher, gravierender Missstand (Austerität, Asylsuchende ertrinken im Mittelmeer, Lohndumping, fehlende Demokratie etc.) und die EU habe daran schuld. Diese Denkfigur hat wenig mit einer fundierten Kapitalismuskritik gemein. Es ist gleichermassen absurd wie naiv zu denken, dass sich durch ein Projekt wie die EU sämtliche Widersprüche des Kapitalismus auflösen lassen. Das Kapital muss akkumuliert, die mensch-



liche Arbeitskraft ausgebeutet werden. Die Frage, die sich die moderne Linke stellen muss, lautet: Lässt sich die Macht des akkumulierten und monopolisierten Kapitals besser im nationalstaatlichen oder im supranationalen Rahmen eindämmen? Je nachdem, wie diese Frage beantwortet wird, ergeben sich sehr konkrete Schlussfolgerungen für die politische Praxis der Schweizer Linken.

Die Corona-Krise dürfte auf diese Zweifel in vielerlei Hinsicht ganz praktische Antworten liefern: Sie zeigt, dass eben der Mangel an europäischer Einigung für das Drama von 2010/11 verantwortlich ist – und nicht die Einigung selbst. Während der sogenannten Schulden-Krise wurden die durch Bankenrettung und Korruption verschuldeten Staaten und ihre Bewohner*innen von der Union alleine gelassen. Sie mussten sich an den Finanzmärkten und beim IWF stark verschulden. Und das Einzige, was die EU-Institutionen taten, war über die Einhaltung der Maastricht-Kriterien zu wachen und diese über Staatsabbau einzufordern. Politische oder finanzielle Unterstützung gab es keine. Im Gegenteil: Insbesondere Deutschland schützte die Gläubiger, vor allem deutsche Banken.

Heute zeichnet sich eine gegenteilige Entwicklung ab, die schon bald Realität werden könnte: die Unterstützung der Mitgliedsstaaten über den EU-Haushalt und die gemeinsame Verschuldung zur Verhinderung der »ökonomischen Folter« (Sahra Wagenknecht).¹² In der Corona-Krise erleben wir also gerade einen Quantensprung europäischer Integration und Solidarität: den Schritt zu einer gemeinsamen Finanzpolitik. Der einzige Baustein, der auf diesem Weg noch fehlt, ist eine europäische Steuer. Auch zeichnet sich ab, dass es ein starker EU-Haushalt sein wird, der über die Rückversicherung von Sozialwerken (SURE) die sozialen Rechte der Menschen besser vor Krisen des Kapitalismus schützen kann als die jeweiligen Nationalstaaten. Sollte dieses Modell erfolgreich sein, könnte es zu einem leuchtenden Beispiel für die Bewältigung weiterer Krisen werden, wie etwa für die Klima- oder die Migrationspolitik. Schliesslich wird absehbar, dass die Corona-Krise zu einer demokratischeren Handelspolitik führen könnte. Der europäische Binnenmarkt dürfte dort einspringen, wo globale Produktionsketten versagen, aber nationale Märkte zu klein und zu schwach sind, um diese zu ersetzen. Ein solches Ausmass der politischen Steuerung von Produktion und Distribution wäre ein fundamentaler Bruch mit dem neoliberalen Dogma der »freien Märkte« und des »komparativen Vorteils«.

Für die Autoren des Ventotene-Manifests war klar: Langfristig lässt sich der Kapitalismus nur durch eine gestärkte supranationale Gouvernanz zurückdrängen, wobei die politische Handlungsfähigkeit auf re-



gionaler und nationaler Ebene so weit als nötig gewahrt bleiben muss. Die Union kommt da zum Zug, wo der Nationalstaat bei der Durchsetzung der Bedürfnisse seiner Bevölkerung an Grenzen stösst. Die Corona-Krise könnte ein Beispiel für die Richtigkeit dieser These werden (etwa durch die Aufweichung des Verbots staatlicher Beihilfen, die den Föderalismus und eine aktive Wirtschaftspolitik stärkt). Aber galt diese Maxime bereits vor dem Jahrhundert-Ereignis Covid-19?

Globale Einordnung statt nationaler Fetischismus

Es war der eurokommunistische Europa-Abgeordnete Altiero Spinelli aus Italien, ein Mitautor des Manifests von Ventotene, der mit seinem vom EU-Parlament verabschiedeten Plan (Spinelli-Plan) starken Einfluss auf die Ausgestaltung der einheitlichen Europäischen Akte von 1986 und damit auf den EU-Gründungsvertrag von 1992 nahm.¹³ Der Plan selber scheiterte am Widerstand der Mitgliedsstaaten, weshalb viele progressive Elemente noch nicht oder erst viel später realisiert wurden. Aufschlussreich ist er trotzdem. Der Spinelli-Plan erklärte in Artikel 9 die Vollbeschäftigung, die Beseitigung regionaler Ungleichheiten und den Schutz der Umwelt sowie die uneingeschränkte Wahrung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte aller Völker der Welt zum Ziel der Union. Konkret schlug er in Artikel 56 Sozialziele (Gleichstellung von Mann und Frau, Mitbestimmung der Lohnabhängigen, Schutz vor Epidemien [sic!] usw.) vor und wollte der EU eine »konkurrierende« Kompetenz bei der Konjunktur- und Finanzpolitik zugestehen.¹⁴

Diese konkreten Ziele sind im Vertrag von Maastricht, dem Gründungsdokument der EU, nicht mehr zu finden. Unter dem Einfluss der neoliberalen Vorherrschaft setzte sich das Primat gemeinsamer Binnenmarktregeln gegenüber dem sozialen Fortschritt durch. Dennoch enthält auch der Maastricht-Vertrag explizite und relativ umfassende Kompetenzdelegationen an die EU in den Bereichen Gesundheit, Verbraucherschutz, Industrie sowie wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt.¹⁵

Und trotzdem: Wirft man einen Blick auf die Entwicklung des sozialen Europa, muss konstatiert werden, dass sie – trotz zahlreicher Versuche der Sozialdemokratie, dies zu ändern – sehr lange verkümmert war. Dennoch sind die realen Errungenschaften innerhalb der europäischen Grenzen beeindruckend. Mit der Kohäsionspolitik ist es gelungen, die ehemaligen Staaten des Ostblocks erstaunlich schnell und mehrheitlich erfolgreich in den gemeinsamen Markt zu integrieren. Zwar hat die soziale Ungleichheit dabei zugenommen – aber immerhin weit weniger als



in den Ländern ohne europäische Flankierung wie Russland oder Georgien.¹⁶ Auch Rechtsstaatlichkeit und politische Demokratie wurden weit besser etabliert als in anderen ehemaligen Sowjetstaaten. Dem autoritären Backlash in Polen, Ungarn und der Slowakei zum Trotz.¹⁷ Schliesslich gelang es aus der Krisenerfahrung nach 2009, zahlreiche europäische Mindeststandards zu etablieren, die das Leben vieler Europäer*innen verbessert haben: die Verankerung und Durchsetzung des Prinzips ›Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort‹, ein grundsätzliches Recht auf familienergänzende Betreuung, eine europäische Elternzeit von mindestens vier Monaten (bereits seit 2009),¹⁸ zahlreiche Empfehlungen zur Gleichstellung der Geschlechter, ein massiver Ausbau des Erasmus-Programms für junge Menschen und zuletzt eine im internationalen Vergleich relativ ambitionierte Klimapolitik. Zurzeit laufen zwischen der Kommission und dem europäischen Parlament zudem heisse und vielversprechende Diskussionen um einen europäischen Mindestlohn.

Schaut man sich diese Entwicklung nüchtern und ohne nationalistische Vorurteile an, muss man konstatieren: Die real-existierende EU ist, übers Ganze gesehen, zumindest kein Hort neoliberaler Schock-Strategien. Sie ist mindestens so widersprüchlich wie alle Staatsformen im real existierenden Kapitalismus. Und wahrscheinlich sogar noch einiges komplexer als die meisten, zumal sie sich im ständigen Kompetenzwettstreit mit den Mitgliedsstaaten befindet. Vergleicht man die unter der rechtsnationalistischen britischen Regierung geplanten Deregulierungen nach dem Brexit mit den bisher geltenden EU-Regulierungen, drängt sich der Schluss auf, dass es diese relativen Erfolge nicht trotz, sondern gerade wegen der EU gibt. Der politische Wettbewerb der Ideen, der Kompetenzen und der Ideologien stärkt das Primat der Politik gegenüber der Ökonomie.

Bei der politischen Bewertung der europäischen Einigung gewinnt eine weitere Dimension zunehmend an Bedeutung: die geopolitische Entwicklung. In Zeiten, in denen der Multilateralismus, die internationale Zusammenarbeit und das Völkerrecht zusehends an Bedeutung verlieren, muss sich jeder und jede die Frage stellen, ob die Interessen der Schweizer Bevölkerung und linke Postulate besser im Schoss eines rechten Bundesrats und eines bürgerlichen Parlaments gewahrt bleiben, oder ob eine stärkere Beteiligung am erfolgreichsten antinationalistischen und kooperativsten Projekt unserer Zeit nicht doch Vorteile bringt. Denn man kann über die EU denken, was man will: Von diktatorischen Zuständen wie in China, von einer sozialen und rassistischen Spaltung wie in den USA oder von Korruption wie in Russland ist Europa weit



entfernt. Ganz abgesehen davon, dass sich die Geografie in absehbarer Zeit nicht ändern lassen wird. Diese Fakten gilt es nüchtern zur Kenntnis zu nehmen, ohne dabei in Eurozentrismus zu verfallen. Die europäische Integration ist eine politische Idee im Hier und Jetzt gegen den europäischen Nationalismus und gegen die globale Vorherrschaft des Kapitals. Sie darf niemals eine Rechtfertigung für die europäische Überlegenheit gegenüber anderen Völkern sein.

Die Autoren des Ventetone-Manifest formulierten es 1941 so provokativ wie treffend: »Die Grenze zwischen fortschrittlichen und reaktionären Parteien verläuft demnach nicht mehr längs der formellen Linie ihrer grösseren oder geringeren Demokratie, oder des Ausmasses des einzuführenden Sozialismus. Der Bruch vollzieht sich zwischen denen, die immer noch das alte Endziel der Eroberung der nationalen politischen Macht im Auge haben, und dadurch, sei es auch unfreiwillig, den reaktionären Kräften Vorschub leisten, indem sie die glühende Lava der Volksbegeisterung in den alten Formen erstarren lassen, und den anderen, denen die Schaffung eines stabilen internationalen Staates am Herzen liegt, und die die Kräfte des Volkes in diese Richtung lenken.«

Zurück in die Zukunft: Für einen raschen EU-Beitritt der Schweiz

Am 26. Mai 1992 stellte der Schweizer Bundesrat im Hinblick auf den geplanten EWR-Beitritt der Schweiz ein Gesuch um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen bei der Europäischen Gemeinschaft.¹⁹ Dieser Entscheid wurde von sämtlichen vier Bundesratsparteien mehrheitlich unterstützt. Dann kam das EWR-Nein. Seither herrscht in der Schweiz europapolitisch eine gespenstische Orientierungslosigkeit.

Angesichts eines nicht mehr zu übersehenden Souveränitätsverlustes unseres Landes (wie er sich in der Übernahme von 80 Prozent des europäischen Rechts zeigt), angesichts einer politisch, wirtschaftlich und kulturellen Verbindung wie zu keiner anderen Idee, angesichts einer EU, in der soziale und ökologische Fragen wieder an Bedeutung gewinnen, angesichts einer sich abzeichnenden wirtschaftlichen Krise und einer ökologischen Katastrophe, welche die Schweiz niemals alleine lösen kann, und angesichts von geopolitischen Machtverschiebungen ist es an der Zeit, die europapolitische Diskussion wieder da zu starten, wo sie 1992 abrupt geendet hat: bei einer vernünftigen Auseinandersetzung mit der Materie, mit der Artikulation von Interessen und mit etwas Feuer für eine gerechte Sache. Ob dafür gerade jetzt der richtige Moment ist, ist unerheblich. Es ist nie der richtige Moment. Oder wie es die glühende sozialdemokratische Europäerin Gret Haller 2016 in einem Interview



in Bezug auf die zögerliche Haltung der Parteien zum Rahmenabkommen Schweiz-EU formulierte: »Es ist nicht die Aufgabe der Politiker, den feuchten Finger in den Wind zu halten und zu sehen, wie der bläst! Es ist ihre Aufgabe, zu erkennen, was notwendig ist für die Schweiz, und dafür um Akzeptanz zu werben.«²⁰ Und notwendig ist das Richtige: Ohne die Einigung aller Völker mit Hilfe politischer Institutionen wird es keine Schwächung des global wütenden Kapitalismus geben.

Anmerkungen und Literatur

- 1 Eitz, Torsten; Engelhardt, Isabelle (2015): Diskursgeschichte der Weimarer Republik, Band 1. OLMS, Hildesheim, S. 337.
- 2 Hausschild, Jan-Christoph (2004): Georg Büchner. Rowohlt Taschenbuch, Darmstadt.
- 3 Siehe: www.friedensforum-neustadt.de/3000/3010,03.html.
- 4 Siehe: www.adelinde.net/kathe-kollwitz-zeitzeugin-des-1-weltkrieges/.
- 5 Siehe www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1925/heidelberg.htm.
- 6 Siehe zum Beispiel www.die-linke.de/partei/parteistruktur/bundesausschuss/bundesausschuss-2016-2017/beschluesse-und-erklarungen-des-bundesausschusses/news/fuer-ein-anderes-europa-gegen-das-neoliberale-eu-und-eurosystem/.
- 7 Strunk, Frederike (2010): Europäische Identität und ihre Bedeutung für den Dolmetscher. Springer Gabler, Wiesbaden, S. 33f.
- 8 Siehe www.jef.de/ueber-uns/geschichte/manifest-von-ventotene/.
- 9 Siehe www.zeit.de/politik/ausland/2015-10/friedensnobelpreis-bisherige-traeger-eu-2012-angemessenheit.
- 10 Siehe www.nzz.ch/eu-beitritt_fuer_fdp_kein_ziel_mehr-1.8023851?reduced=true.
- 11 Siehe www.nzz.ch/schweiz/strategiepapier-fuer-den-parteitag-sp-streicht-den-eu-beitritt-aus-ihrem-vokabular-ld.128478?reduced=true.
- 12 Wagenknecht, Sahra (2016): Demokratie im Würgegriff. In: Müller, Albrecht; Lieb, Wolfgang (Hg.): Nachdenken über Deutschland. Westend, Frankfurt/Main.
- 13 Siehe https://europa.eu/european-union/sites/europaeu/files/docs/body/altiero_spinell_i_de.pdf.
- 14 Siehe www.politische-union.de/eu-vertragsentwurf1984.pdf.
- 15 Siehe <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:11992M/TXT&format=DE>.
- 16 Vgl. www.laenderdaten.de/indizes/gini-index.aspx.
- 17 Vgl. www.eiu.com/topic/democracy-index.
- 18 Siehe <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=legisum:em0031>.
- 19 Siehe www.nzz.ch/schweiz-eu-beitritts-gesuch-1.16939576.
- 20 Siehe www.zeit.de/2016/44/gret-haller-wahl-schweiz-rechtsruck-europa.